



# Resolution: Bekämpfung der Krise Ein entscheidender Beitrag von Hochschulbildung und Forschung

*Der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der Bildungsinternationalen, die vom 26. - 28. November 2012 in Budapest tagt, von der SNESup-FSU (Frankreich) zur Annahme vorgelegt, verabschiedet am 27. November 2012*

In Einklang mit dem Strategiepapier *Eine hochwertige Bildung zum Aufbau der Zukunft*, das vom 6. Kongress der Bildungsinternationalen (BI) im Jahr 2011 verabschiedet wurde, möchte die EGBW-Konferenz eine Botschaft an die europäischen Regierungen und die Hochschulbildungsbehörden zu den Auswirkungen der Politiken von Regierungen und der Europäischen Union (EU), die Universitäten tendenziell zu Dienstleistern der Privatindustrie und deren kurzfristigen Interessen reduzieren, lancieren.

## **Das EGBW vertritt folgende Ansicht:**

- I. Die Erweiterung des menschlichen Wissensschatzes und dessen Weitergabe an eine neue Generation ist der Menschheit edelstes Bestreben.
- II. Unsere Systeme für Hochschulbildung und Forschung sind integraler Bestandteil des kulturellen Erbes der Völker und einer freien, demokratischen und gewaltfreien Gesellschaft. Sie sind grundlegend wichtig für den Aufbau einer besseren Zukunft. Sie müssen sich verändern, um den Anforderungen einer modernen, demokratischen Gesellschaft gerecht zu werden, müssen aber auch weiterhin auf grundlegenden Merkmalen wie Zusammenarbeit, akademischer Freiheit des Lehrkörpers und der Institutionen sowie einer kollegialen Führung basieren.
- III. Mehr Hochschulbildung und Forschung, Qualität und Vielfalt sowie eine Demokratisierung des Wissens sind nötig, damit sich die Demokratie in Europa und das kritische Bewusstsein der Gesellschaft weiter entwickeln können und auch Wissenschaft, Technologie, Wirtschaft, Gesellschaft, Ökologie, Kultur und Ethik eine Entwicklung erfahren.
- IV. Probleme und Krisen entstehen auf internationaler Ebene, wie z. B. die rasche Verschlechterung des humanitären Umfelds und die zunehmende Hungerkrise in der Welt. Unsere Gesellschaft muss sich ganz allgemein mit immer komplexeren Problemen auseinandersetzen. Forschung und Bildung spielen bei der Entwicklung und Umsetzung von Lösungen eine maßgebliche Rolle. Allerdings sind Forschung und Hochschulen nicht länger in



### *Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik*

der Lage, Antworten und Lösungen zu liefern. Grund dafür sind die derzeitigen Kürzungen der Staatsausgaben, die fortwährende Einmischung und die Umsetzung von Management-Modellen der privaten Wirtschaft, Konkurrenzkampf, Gewinnmaximierung sowie das Drängen hin zu einer marktnahen Orientierung.

#### **Insbesondere bittet das EGBW um Unterstützung für folgende Forderungen:**

##### **1. Wissen ist ein öffentliches Gut**

Das Bestreben, Wissen zu privatem Eigentum zu machen, gefährdet die Freiheit der Forschung und Lehre, beeinträchtigt die Authentizität des Wissens und behindert seine Entwicklung. Die Öffentlichkeit des europäischen Systems für Hochschulbildung und Forschung muss verteidigt und verstärkt werden. Insbesondere sollten Forschungsergebnisse *öffentlich zugänglich sein*, wobei das Urheberrecht gewahrt werden muss.

Bildung und öffentliche Forschung müssen vom Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und von überregionalen oder bilateralen Handels- und Investitionsabkommen, die von der Europäischen Union geschlossen werden, ausgenommen werden.

Bildung bedeutet eine Investition in die Gesamtheit der Gesellschaft und ist ein Menschenrecht. Hochschulbildung sollte kostenfrei sein. Soweit Studiengebühren existieren, sollten die Staaten diese reduzieren und letztendlich ganz abschaffen.

Hochschulbildung und Forschung sollten in ganz Europa ausgebaut werden. Statt der Logik des Wettbewerbs sollte vielmehr eine europäische Solidarität, eine Logik der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und Respekt für die Vielfalt von Geschichte und Kultur der einzelnen Länder vorherrschen. Aus diesen Gründen ist das EGBW entschieden gegen Systeme des Universitäts-Rankings.

##### **2. Die entscheidende Rolle der Hochschulbildung**

Die Hochschulbildung sollte die Schulung der beruflichen, staatsbürgerlichen und menschlichen Qualitäten zum Ziel haben. Dies ist ein sehr wichtiger Beitrag zur Entwicklung der Kompetenzen junger Menschen und Erwachsener. Eine höhere Zahl von Absolventen ist daher für eine komplexe und hochtechnologische Gesellschaft grundlegend wichtig. Die Qualität der Hochschulbildung sollte somit mit der Forschung verknüpft sein. Von Hochschulbildung müssen alle gesellschaftlichen Gruppen und alle Altersgruppen profitieren können. Dies würde unter anderem die Einführung weiterer kleiner Unterrichtseinheiten sowie eine Vielfalt verschiedener Unterrichtsmethoden voraussetzen.

##### **3. Autonomie und Kollegialität**

Hochwertige Hochschulbildung und Forschung kann nicht ohne vollständige akademische Autonomie und demokratische Ausprägung erreicht werden. Die Basis dazu bilden Kollegialität und eine



*Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik*

gemeinsame Verantwortung. Alle Mitglieder des Lehrkörpers müssen daher bis zu einem gewissen Grad an Entscheidungsprozessen beteiligt sein und am kollegialen Zusammenwirken teilnehmen. Die Evaluierung von Strukturen und von Lehre und Forschung als Verbesserungsmaßnahme muss sanktionsfrei und kollegial ausgerichtet sein.

#### **4. Arbeitsbedingungen**

Ein grundlegender Aspekt bei der Entscheidung im Hinblick auf die berufliche Laufbahn ist die Attraktivität der Position. Um die Anzahl und die Qualität von Hochschullehrern und Forschern in Europa zu erhöhen und damit die Situation in der Hochschulbildung und Forschung zu verbessern, müssen die Arbeitsbedingungen attraktiv gestaltet werden. Eine feste Anstellung, ein transparentes, faires und nicht diskriminierendes Einstellungsverfahren, die richtige Arbeitsumgebung, eine funktionierende Infrastruktur, vollständige Autonomie in Forschung und Lehre, Kollegialität, Karrierechancen sowie eine adäquate Vergütung – all dies sind wichtige Faktoren, die eine Karriere in Forschung und Lehre attraktiv machen. Alle Hochschullehrer und das an öffentlichen Einrichtungen arbeitende wissenschaftliche Personal, unabhängig vom individuellen Status, sollten gleiches Recht und gleichen Schutz (z. B. Sozialschutz, Rechtsansprüche usw.) genießen, die ihnen im Rahmen von Kollektivvereinbarungen oder aufgrund ihres nationalen Status zustehen. Alle Nachwuchsforscher müssen als professionelle Forscher anerkannt sein und entsprechend gleiches Recht und gleichen Schutz genießen.

Die ohnehin prekäre Situation der Hochschullehrer und Forscher wird zunehmend schwieriger. Diese Entwicklung wird weiterhin durch die Rahmenprogramme der Europäischen Union verstärkt. Die Europäische Union und die Regierungen werden aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Prekarität der Beschäftigungsverhältnisse von Lehrkräften und Forschern so weit wie möglich zu beseitigen.

#### **5. Mobilität**

Die gesellschaftliche Integration der europäischen Staaten und deren kulturelle und wissenschaftliche Weiterentwicklung erfordern unbedingt Anreize zur internationalen Mobilität von Lehrkräften, Forschern und Studenten, die jedoch nicht verpflichtend sein soll. Damit dies umgesetzt werden kann, bedarf es einerseits professioneller und individueller Garantie- und Schutzformen in Bezug auf die Mitarbeitermobilität und andererseits öffentlicher Mittel für eine wirkliche Chancengleichheit der Studenten beim Zugang zu den Möglichkeiten der Mobilität, unabhängig von ihrem persönlichen, sozialen und geografischen Hintergrund.

#### **6. Gleichstellung der Geschlechter**

Frauen sind in höheren akademischen und administrativen Positionen unterrepräsentiert. Wir fordern daher Anreize zur Erhöhung des Frauenanteils auf allen beruflichen Ebenen und besonders bei der Besetzung von Professuren und Management-Positionen. Um die Unterschiede in der Behandlung von Frauen und Männern zu beseitigen, wird ein ganzes System an sozialen Dienstleistungen zur Sicherung des Schutzes, der Rechte und Sozialleistungen für alle Arbeitnehmer, Frauen wie Männer, benötigt. Dabei muss besonders auf die Elternrechte geachtet werden und die Arbeitsbedingungen müssen derart gestaltet sein, dass, wie in der Europäischen Charta für Forscher



### *Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik*

ausgeführt, „es sowohl Frauen als auch Männern ermöglicht wird, Familie und Arbeit, Kinder und Karriere miteinander zu vereinbaren“. Der Schwerpunkt von Hochschul- und Forschungsinstitutionen sollte hierbei auf einer erfolgreichen Umsetzung des Nichtdiskriminierungsprinzips liegen.

#### **7. Mangel an Investitionen**

Die Europäische Union sowie die meisten Staaten haben in den letzten Jahren viel zu wenig in die Hochschulbildung und Forschung investiert. Diese Lage wurde durch die Sparmaßnahmen, die zur Begrenzung des Staatsdefizits ergriffen wurden, nur noch verschlimmert. Als Folge der aktuellen massiven Einschnitte bei der Förderung der Grundlagenforschung, der Human- und Sozialwissenschaften ist langfristig auch eine Schwächung der angewandten Forschung zu erwarten. Die Grundlagenforschung und die Forschung in Disziplinen, die keine unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen haben, die aber zur Weiterentwicklung des Wissensstands oder zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger dienen, müssen hinreichend unterstützt werden. Die Forschungsaktivitäten müssen verstärkt werden, um den derzeitigen wirtschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden. Dies ist ein wichtiger Teil des Auftrags der Forschung, wenn auch nicht ihr einziger.

Der Vorschlag für das neue Forschungsförderprogramm *Horizont 2020 – Rahmenprogramm für Forschung und Innovation* ist äußerst mangelhaft: Bis 2020 sollen pro Jahr nur 11,4 Milliarden Euro (0,08 % des europäischen BIP) für Forschung und Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund der Probleme, denen sich Europa und die ganze Welt derzeit gegenüber sieht, ist ein umfangreicher Ausbau der Forschung, inklusive der Grundlagenforschung, sowie eine Anpassung der Höhe der Fördermittel notwendig.

Das EGBW wird diese Resolution verbreiten, um eine öffentliche Debatte anzuregen. Es wird alle Mittel mobilisieren, um seine spezifischen Forderungen durchzusetzen und es wird empfohlen, dass seine Mitgliedsorganisationen unter Berücksichtigung der vollständigen Autonomie jeder Mitgliedsorganisation Maßnahmen ergreifen und mobilisieren.